



NEWSLETTER



KAS AUSLANDSBÜRO MADRID
FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

AUSGABE 38

3. Dezember 2007

Inhalt

▪ Seite 1

- Bis zu einer halben Million Menschen demonstrieren gegen ETA und Zapatero

▪ Seite 2

- Erkaufte sich die PSOE das „Nein“ zum Misstrauensvotum gegen Bauministerin Alvarez?

- PP stellt Kurzfassung ihres Wahlprogramms vor

▪ Seite 3

- PSOE will mit Pedro Solbes in die politische Mitte

▪ Seite 4

- PSOE plant keine weiteren Gesetze zu Abtreibung und aktiver Sterbehilfe

- Zapatero wirbt im EP um Verständnis für seine Einwanderungspolitik

▪ Seite 5

- Inflation in Spanien auf Rekordniveau

- Hugo Chávez „friert“ Beziehungen zu Spanien ein

Newsletter aus Madrid

>> Bis zu einer halben Million Menschen demonstrieren gegen ETA und Zapatero

Wie in jedem Jahr organisierte der traditionell der PP nahe stehende Verband der Terroropfer (AVT) am vergangenen Wochenende wieder eine Großdemonstration gegen die ETA auf den Straßen der spanischen



Hauptstadt Madrid. Diesmal richtete sich der Protest vor allem gegen die nach Meinung der Demonstranten viel zu nachsichtige Antiterrorpolitik von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (PSOE). Der Marsch stand unter dem Motto: „Für eine Zukunft in Freiheit. Gemeinsam besiegen wir ETA“. Unzählige spanische Flaggen beherrschten das Bild in der Innenstadt. Die Demonstranten forderten auf Transparenten die endgültige Einstellung jeglicher Verhandlungen zwischen der Regierung und der ETA sowie das Verbot der ETA-nahen baskischen Kleinstparteien „Nationalistische Baskische Aktion“ (ANV) und „Kommunistische Partei der Baskischen Länder“ (PCTV).

An der Spitze des Demonstrationzugs marschierten zahlreiche Angehörige der Opfer des ETA-Terrors. Zum Abschluss der Kundgebung hielt der Demonstrationzug im Gedenken an die Terroropfer eine Schweigeminute an der zentral gelegenen „Plaza Colón“. Der Sprecher der AVT, José Antonio Ortega Lara, der selbst 532 Tage



lang Geisel der ETA gewesen ist, betonte den friedlichen Charakter des Widerstands der AVT gegen den Terror. Niemals habe die Organisation „nach Rache gerufen und niemals zur Selbstjustiz gegriffen“. Stattdessen sei man immer den Weg des Rechtsstaates gegangen. Ortega Lara rief die Regierung auf, endlich Verantwortung für die ETA-

Opfer zu übernehmen. Die Zivilcourage der AVT und der ETA-Opfer sei ein Symbol der Geduld und des Widerstandes des spanischen Volkes gegen den Terrorismus.

Wie üblich variierten auch dieses Jahr die Angaben über die Demonstranten in eklatanter Art und Weise. Meist wurden die Zahlen je nach politischer Couleur der Quelle festgelegt. Die PP-nahen Quellen gaben die Teilnehmerzahl bis zu zehnfach höher an als die sozialistische Regierung. Die konservativ geführte Regionalregierung von Madrid sprach so von über einer halben Million Teilnehmern, die AVT selbst gab die Zahl der Demonstranten gar mit „bis zu 800.000“ an. Völlig anders sah das Bild der spanischen Regierung von dem Protestzug aus. Sie gab offiziell bekannt, dass 76.855 Menschen an dem Demonstrationzug teilgenommen hätten, „nicht mehr aber auch nicht weniger“.

Mal ganz von der Frage abgesehen, wie man die Teilnehmerzahl einer Großdemonstration bis auf den letzten Teilnehmer genau bestimmen will, zeigt dieser „Zahlenkrieg“ wie polarisiert und politisiert die Antiterror-Demonstrationen in Spanien sind. Im Unterschied zu anderen Jahren nahm dieses Mal nicht die gesamte Spitze der PP an der Demonstration teil. Zwar marschierten die Regionalpräsidentin von Madrid, Esperanza



Aguirre, PP-Generalsekretär Ángel Acebes (Foto) und Fraktionschef Eduardo Zaplana mit vorneweg, Spitzenkandidat Mariano Rajoy fehlte jedoch genauso wie Mad-

rids Bürgermeister Alberto Ruiz-Gallardón und der ehemalige Ministerpräsident José María Aznar.

Nichts desto trotz hat die Demonstration für so die konservative Tageszeitung „ABC“, gezeigt, dass sich die AVT der Unterstützung der PP erfreuen dürfe. Ángel Acebes betonte, die Abwesenheit Rajoy's dürfe nicht falsch interpretiert werden. Niemand, so



Konrad
Adenauer
Stiftung

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 38 |

3. DEZEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

Acebes, könne die Unterstützung Rajoys für den Marsch der Opfer ernsthaft anzweifeln.

Die PSOE hingegen kritisierte die Großkundgebung. Für Organisationssekretär José



(„Pepe“) Blanco (Foto) war sie „absurd“ und „unangemessen“. Zudem sieht der als Hau-

degen geltende Blanco „dunkle Interessen“ der Organisatoren im Spiel. Dem PP-Chef warf der sozialistische Politiker „Scheinheiligkeit“ vor. Wenn Rajoy schon nicht an dem Marsch teilnehme, müsse er sich auch öffentlich davon distanzieren.

>> Erkaufte sich die PSOE das „Nein“ zum Misstrauensvotum gegen Bauministerin Alvarez?

Mit einer hauchdünnen Mehrheit von nur drei Stimmen hat die wegen der anhaltenden Infrastrukturkrise in Katalonien stark



unter Druck stehende spanische Bauministerin Magdalena Álvarez (Foto) ein Misstrauensvotum im spanischen Parlament überstanden. Bei

der von der kommunistischen IU initiierten Abstimmung votierten insgesamt 173 Abgeordnete aus PSOE, den baskischen und galicischen Regionalparteien PNV und BNG, zwei Fraktionslose sowie der PP-Dissident Joaquín Calomarde gegen das Misstrauensvotum. Für den Antrag stimmten neben der IU auch die PP, die katalanischen Parteien CiU und ERC sowie die Coalición Canaria.

Die PSOE hatte buchstäblich alles gegeben um ihrer unpopulären Ministerin gut drei Monate vor der Wahl das politische Überleben zu sichern. So rief Ministerpräsident Zapatero kurz vor der Abstimmung höchstpersönlich den BNG-Abgeordneten Anxo Quintana an, um ihm die Zustimmung der Regierung zur Übertragung der Zuständigkeit für die regionale Verkehrspolizei auf die Regionalregierung sowie 51 Millionen an zusätzlichen Finanzhilfen für Galicien in Aussicht zu stellen. Ebenfalls kurz vor der Abstimmung signalisierte Zapatero seine Zustimmung gegenüber für das Vorhaben der baskischen Regionalregierung von Regionalpräsident Juan José Ibarretxe (PNV), eine Art baskische Zentralbank unter dem Namen „Baskisches Finanzinstitut“ zu schaffen. Zudem unterstützte der Ministerpräsi-

dent die Ausschüttung von 13,4 Millionen Euro Regierungsmittel an das Baskenland.

Die konservative Tageszeitung „ABC“ kommentierte diese Verhandlungstaktik Zapateros vor der Abstimmung über das Misstrauensvotum mit deutlichen Worten. Es habe sich schlichtweg um „Stimmenkauf“ gehandelt. Auch PP-Chef Mariano Rajoy sprach von einem „beschämenden Spektakel“.



Der PP-Sekretär der Volkspartei für Wirtschaftsfragen, Miguel Arias Cañete (Foto), hält das Verhalten der PSOE für eine „absolute Schande“. Die PP warf der

PSOE zudem vor, die nationalistischen und separatistischen Bewegungen aus Wahlkampfgründen durch ihre Zugeständnisse zu stärken. Fraktionschef Eduardo Zaplana erklärte: „Der PSOE ist es egal, wenn Spanien zerbricht, Hauptsache, es gewinnt nicht die PP“.

>> PP stellt Kurzfassung ihres Wahlprogramms vor

„Mit Rajoy ist es möglich“ – Das ist der Titel



einer Kurzfassung dessen, was das Wahlprogramm der Volkspartei (PP) für die Wahlen 2008 werden soll. Ein in der letzten Woche vorgestelltes 50 Seiten und 234 Punkte umfassendes Dokument klopft – unterlegt von Hochglanzfotos des Spitzenkandidaten – die Grundideen des PP-Programms fest.

Wirkliche Überraschungen sind dabei nicht enthalten, sehr wohl aber einige Konkretisierungen. So will

die PP allgemein eine Stärkung der Opposition in der spanischen Politik. So soll ein jährliches gesamtparlamentarisches Treffen zur Abstimmung der Außenpolitik stattfinden. Eine neue parlamentarische Geschäftsordnung soll zudem die Verteilung der Redezeit nach Fraktionsstärke begrenzen. Bisher war die Redezeit etwa des Oppositionsführers bei der jährlich stattfindenden Debatte zur Lage der Nation eng begrenzt, während der Regierungschef so lange reden konnte, wie er wollte. Die neue Geschäftsordnung soll die Regierung auch verpflichten, jeden Monat einen Rechenschaftsbericht abzugeben. Auch auf dem Arbeits-



NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 38 |

3. DEZEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

markt fordert der PP-Programmwurf Reformen zur „Flexibilität, Versöhnung, Gleichheit und Ausbildung“. Zudem will die PP das Verhältniswahlrecht in den Kommunen einführen. Eine Veränderung des Wahlsystems auf nationaler Ebene ist hingegen in dem Entwurf (noch) nicht vorgesehen. Im Bereich der Bildung setzt die PP auf eine Qualitätssteigerung. Überall in Spanien soll gewährleistet werden, dass Spanisch gelehrt werde. Das Schulfach „Bürgererziehung“, das die sozialistische Regierung eingeführt hatte, wird als „schwerer Irrtum“ bezeichnet.

Mariano Rajoy bekräftigte in der vergangenen Woche zudem, bei seiner Ablehnung des katalanischen Autonomiestatutes nicht nachgeben zu wollen, selbst wenn es ihn Wählerstimmen kosten sollte. Auch seine Klage vor dem Verfassungsgericht gegen das Statut will der PP-Chef nicht zurückziehen. Dem Oppositionsführer im katalanischen Parlament und CiU-Vorsitzenden, Artur Mas (CDC), sagte Rajoy, jeder der mit ihm regieren wolle, müsse verstehen, dass er weder die territoriale Einheit des spanischen Staates antasten, noch Ungleichheiten zwischen Spaniern schaffen werde. Artur Mas hatte jüngst öffentlichkeitswirksam das Recht Kataloniens auf "eigene Entscheidung" eingefordert.

Mit den jüngsten Ankündigungen hält die PP an einer Taktik fest, die in Spanien als „goteo“ („Tröpfeln“) bezeichnet wird. In zahlreichen Akten, Pressekonferenzen und Dokumenten werden tröpfchenweise Einzelheiten der PP-Vorschläge bekannt gegeben. Dies soll dazu dienen, die PP konstant in den Medien zu halten. Beim Wahlkampf geht Rajoy auch auf die neuesten Trends ein. So ging er in der letzten Woche mit einem Profil in der vor allem von Jugendlichen benutzten Internet-Kontaktplattform „Facebook“ online. Andere „Facebook“-Mitglieder können sich Fotos des Kandidaten anschauen, ihm Nachrichten schreiben oder ihn als „Freund“ zu ihrer Kontaktliste hinzufügen.

>> PSOE will mit Pedro Solbes in die politische Mitte

Bei der PSOE war in der vergangenen Woche so einiges los. Den Anfang machte die offizielle Kür von José Luis Rodríguez

Zapatero als Spitzenkandidaten für die Parlamentswahlen 2008. Dabei kündigte der Regierungschef an, sein Wirtschafts- und Finanzminister Pedro Solbes (Foto) solle dieses Amt nach einem erneuten Wahlsieg der



PSOE erneut übernehmen. Der 65jährige, der sich selbst als "liberaler Sozialdemokrat" bezeichnet, wird in der PP-Hochburg Madrid als Nr. 2 der PSOE-Liste hinter Zapatero ins Rennen gehen. Zeitungen sehen die erneute Kandidatur des kritischen Geistes Solbes als Zeichen an die Märkte, dass sie keinen Linksruck befürchten müssen sowie als Annäherung der PSOE an die politische Mitte. Der Minister hatte in den vergangenen Wochen immer wieder mit Kritik an der Ausgabenpolitik seines eigenen Chefs für Aufsehen gesorgt. Deshalb war spekuliert worden, Zapatero wolle diesen, für ihn manchmal unbequemen aber in Spanien insgesamt äußerst beliebten Minister nach der Wahl loswerden.

Nichts davon war auf dem Sonderparteitag der PSOE zur Kandidatenkür in der Nähe von Madrid zu spüren. Solbes sei zum Wirtschafts- und Finanzminister „geboren“ worden, schmeichelte Zapatero, und müsse es deshalb auch bleiben. Unter dem Beifall von ca. 7.000 Delegierten und Sympathisanten



der PSOE kündigte Zapatero (Foto) zudem an, den bestehenden Regierungskurs entschlossen fortzusetzen zu wollen. Dafür bat er um eine deutlichere Mehrheit als bisher, um die „Blockadehaltung“ der PP zu überwinden.

Der immer wieder als Ideologe kritisierte spanische Ministerpräsident machte außer der Bestätigung Solbes' noch eine weitere Geste in Richtung des politischen Zentrums. So soll der gemäßigte ehemalige Verteidigungsminister und größte parteiinterne Gegenspieler Zapateros, José Bono, zunächst die Wahlliste der Sozialisten in Castilla-La Mancha, wo er zwischen 1983 und 2004 als Regionalpräsident diente, anführen und anschließend im Falle eines Wahlsieges zum Kongresspräsidenten aufrücken. Dies ist das erste Mal in 30 Jahren spanischer Demokratie, dass eine Regierung schon vor den



NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 38 |

3. DEZEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

Wahlen ihren Kandidaten für den Posten des Kongresspräsidenten bekannt gibt.

>> PSOE plant keine weiteren Gesetze zu Abtreibung und aktiver Sterbehilfe

Entgegen vorheriger Ankündigungen will die PSOE in ihr Wahlprogramm wohl doch keine Gesetzesinitiativen zu einer weiteren Liberalisierung der Abtreibung und einer Legalisierung der aktiven Sterbehilfe aufnehmen. Der spanische Arbeitsminister und PSOE-Wahlprogrammkoordinator Jesús Caldera



(Foto) verneinte die Frage nach der Einbeziehung weiterer Gesetze in diesen ethisch kontroversen Bereichen in das Wahlprogramm. Die regierungsnah

Zeitung „El País“ glaubt, die PSOE sei mit der derzeitigen Abtreibungspraxis in Spanien, die den Schwangerschaftsabbruch relativ leicht zugänglich mache, „ganz zufrieden“. Beim Thema der Legalisierung der aktiven Sterbehilfe setze man auf weitere parlamentarische und parteiinterne Diskussionen vor konkreten Gesetzesvorhaben. Beide Maßnahmen waren im sozialistischen Wahlprogramm 2004 enthalten, aber von der Zapatero-Regierung auch wegen gesellschaftlichen Drucks nicht weiter verfolgt worden.

Mitten in diese Ankündigungen der Regierungspartei und ihre Bemühung um Mäßigung platzte eine für sie in dieser Hinsicht unbequeme Nachricht: Die sozialistische



Senatorin Mercedes Aroz (Foto) kündigte an, ihr Parlamentsmandat aus Gewissensgründen nach dieser Legislaturperiode abgeben zu wollen. Die 63-jährige,

geschiedene Senatorin aus Katalonien hatte sich bei der Abstimmung über von der sozialistischen Regierung eingebrachte Gesetzesinitiativen wie der Homosexuellen-Ehe mit Adoptionsrecht oder der Erlaubnis des Klonens menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken der Stimme enthalten. Diese Gesetze hätten im Gegensatz zu ihrer christlichen Ethik gestanden, so die in ihrem Wahlkreis mit über 53 Prozent gewählte Senatorin. Künftig will Aroz als einfaches Parteimitglied dafür werben, dass die PSOE in die programmatische Linie einer „gemäßig-

ten Sozialdemokratie wie unter Felipe González“ zurückkehrt.

>> Zapatero wirbt im EP um Verständnis für seine Einwanderungspolitik

Ministerpräsident José Luis Zapatero (Foto) hielt am Mittwoch seine erste Grundsatzrede vor dem Europa-



parlament. In ihr stellte der spanische Regierungschef seine Ideen für die Zu-

kunft Europas vor. Dabei nahm er immer wieder auf die spanische Realität Bezug. Einen besonderen Schwerpunkt legte Zapatero dabei auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Immigrationspolitik, wobei der Regierungschef seine eigene Politik in diesem Zusammenhang als Modell darstellte. Zapatero verteidigte in diesem Zusammenhang auch die Massenlegalisierung von 700.000 illegalen Einwanderern im Jahr 2005. Es sei nicht akzeptabel, dass es Menschen gebe, die unter ausbeuterischen Bedingungen in einer „illegalen Wirtschaft“ arbeiteten, so Zapatero. Die „Realität der illegalen Einwanderung“ müsse gerade angesichts der Tatsache, dass das Thema künftig immer wichtiger werde, europaweit anerkannt werden. Für Spanien habe die Einwanderung allgemein viele Vorteile mit sich gebracht. Solche seien die Entspannung der demografischen Krise, Dynamik und kulturelle Vielfalt sowie Impulse für ein mögliches Wirtschaftswachstum. Den Europaabgeordneten empfahl Zapatero, sich für eine Politik der Integration zu entscheiden, die Grundrechte respektiere aber auch Pflichten abverlange. Ein Europa, das diese Integration verfolge, sei „würdiger, freier und sicherer“.

Während der Debatte, die auf die Rede Zapateros folgte und eine Stunde länger als geplant dauerte, sah sich der Ministerpräsident harten Angriffen ausgesetzt. So erklärte der konservative französische Abgeordnete Jacques Toubon, das Einzige, was Zapateros Immigrationspolitik bewirke, sei, dass noch mehr illegale Einwanderer ange-



lockt würden. Der spanische Europaabgeordnete Gerardo Galeote von der EVP (Foto) warf Zapatero vor, seinen Auftritt vor dem Europaparlament

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 38 |

3. DEZEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Madrid
V.i.S.d.P: Michael Däumer
Redaktion: Michael Däumer/
Sebastian Grundberger/
Johannes Herz/ Oliver Krumme
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
28046 Madrid, Spanien
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: info@fka-madrid.org
Web: www.kas.de/Spainen

nur 70 Stunden nach seiner Proklamation zum Spitzenkandidaten zu Wahlkampfzwecken missbraucht zu haben. Auch der bayerische JU-Vorsitzende und Europaabgeordnete Manfred Weber (CSU) warf Zapatero vor, sich in den Niederungen nationaler Politik verloren zu haben, statt wie Nicolas Sarkozy oder Angela Merkel die Gesamt-EU in den Blick zu nehmen.

>> Inflation in Spanien auf Rekordniveau



Die neuesten Daten des nationalen Statistikinstituts INE brachten keine guten Nachrichten für die ohnehin unter Druck stehende Regierung von Ministerpräsident Zapatero. Den Zahlen zu Folge befindet sich die Inflation weiter auf Explosionskurs. Im November lag der Preisanstieg mit 4,1 Prozent nicht nur erstmals seit eineinhalb Jahren wieder jenseits der Vier-Prozent-Marke, sondern auch ganze 105 Prozent über dem von der Regierung angestrebten Wert. Nach Regierungsangaben sind vor allem der Erdölpreis und Preissteigerungen bei Lebensmitteln für die gestiegene Inflation verantwortlich. Dieselben Faktoren gelten jedoch auch für andere EU-Länder und führen dort zu wesentlich niedrigeren Inflationsraten als in Spanien. Deshalb soll die Nationale Wettbewerbskommission (CNC) jetzt die genauen Ursachen des Preisanstiegs in Spanien untersuchen und eventuelle Wettbewerbsverzerrungen aufspüren.

Unterdessen kommt die gestiegene Inflation auch die spanischen Steuerzahler immer teurer zu stehen. Sie macht Rentenausgleichszahlungen von insgesamt 3.024 Millionen Euro erforderlich. Dies ist der höchste Wert seit sieben Jahren.

Wirtschafts- und Finanzminister Pedro Solbes räumte ein, auch in den nächsten Monaten sei mit Inflationsraten von „um die vier Prozent“ zu rechnen. Vor dem Hintergrund der in gut drei Monaten stattfindenden Parlamentswahlen, sieht die oppositionelle Volkspartei die Inflationszahlen als gute Möglichkeit, die Wirtschaftspolitik der Regierung anzugreifen. So argumentierte PP-Chef Mariano Rajoy (Foto), es komme nicht von ungefähr, dass die Inflation in Spa-



nien deutlich über dem EU-Durchschnittswert liege. Hauptleidtragende dieser „sehr beunruhigenden Entwicklung“ seien ältere Menschen und Menschen mit geringen Einkommen. Aus diesem Grund sei es „dringender denn je“, die von der PP geforderte Befreiung aller Geringverdiener von Rentenbeiträgen mit einem Jahresgehalt unter 16.000 Euro voranzubringen.

>> Hugo Chávez „friert“ Beziehungen zu Spanien ein

Das spanische Außenministerium hat weiter mit den Kapriolen des autoritären venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez zu kämpfen. Dieser wiederholte seit dem Iberoamerika-Gipfel in Santiago de Chile immer wieder seine Forderung, der spanische König Juan Carlos I. müsse sich für seine an Chávez gerichteten Worte „Warum hältst Du nicht den Mund“ (Por qué no te callas) bei diesem entschuldigen. Nachdem der spanische König erwartungsgemäß nicht auf diese Forderung reagiert hatte, kündigte Chávez jetzt an, die Beziehungen zu Spanien solange „einfrieren“ zu wollen, bis diese Entschuldigung erfolgt sei.

Unklarheit herrschte unterdessen darüber, was dieses „Einfrieren“ der Beziehungen genau bedeutet. Es wurden nämlich weder irgendwelche Wirtschaftskontakte auf „Eis“ gelegt, noch durch diplomatische Sanktionen wie etwa der eventuellen Abberufung des venezolanischen Botschafters aus Madrid eine bilaterale „Eiszeit“ eingeläutet. Das spanische Außenministerium, welches bisher sehr nachsichtig mit dem extravaganten Chávez umgegangen ist, bat deshalb den venezolanischen Botschafter in Madrid, Alfredo Toro, um Klarstellung. Dieser erklärte der für Iberoamerika zuständigen Staatssekretärin im Außenministerium, Trinidad Jiménez (Foto), der Ausdruck „einfrieren“ sei „umgangssprachlich“ gewesen und ziehe keine weiteren Konsequenzen nach sich. Diese Formulierung übernahm auch das Ministerium. In einem Kommuniké heißt es, die Erklärungen des Botschafters hätten klargestellt, dass der Begriff „Einfrieren“ für die bilateralen Beziehungen zwischen Spanien und Venezuela „nichts Relevantes“ zu bedeuten habe.

